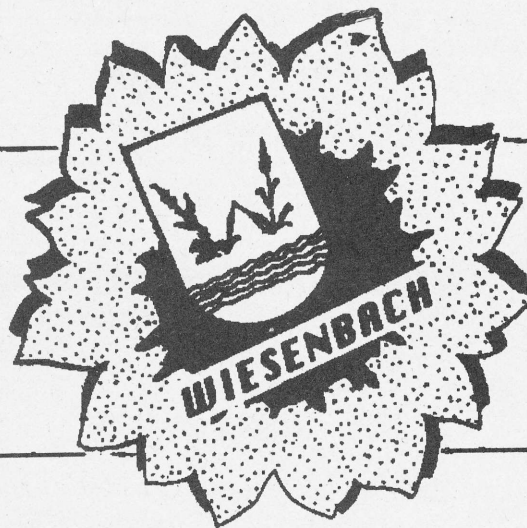


DER GRÜNE BOTE



▣ Interview mit Sylvia Kotting-Uhl

Für Umwelt und soziale Gerechtigkeit

„Für Umwelt und soziale Gerechtigkeit“, unter diesem Leitsatz führt Sylvia Kotting-Uhl, Kandidatin von Bündnis90/Die Grünen im hiesigen Bundestagswahlkreis ihren Wahlkampf. Bernhard Hofmann sprach mit ihr für den Grünen Boten.

Grüner Bote: Sylvia, Dein persönliches Wahlkampf-Motto: Geht das - sich gleichzeitig für ökologische und soziale Fragen stark machen?

Sylvia Kotting-Uhl: Nur so geht es! Wohin eine Politik, die soziale, ökologische und ökonomische Zielrichtungen gegeneinander ausspielt, die Gesellschaft bringt, erleben wir doch gerade. Gesellschaft und Politik müssen wieder lernen, in Zusammenhängen zu denken. Und Politik muß aufhören, sich aus der Verantwortung für diese Zusammenhänge zu stehlen. Der Markt richtet's von alleine höchstens ökonomisch. Ohne politische Lenkungsmaßnahmen richtet er's weder ökologisch noch sozial. Für diese Lenkung ist die Regierung zuständig.

Grüner Bote: Glaubst du, daß eine Öko-Partei wie Bündnis 90/Die Grünen in der heutigen Situation mit dem Thema Umweltschutz noch Punkte machen kann?

Sylvia Kotting-Uhl: Die Grünen sind keine einseitige Öko-Partei. Wie keine andere Partei haben wir uns konzeptionell mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und der Brüchigkeit der sozialen Sicherungssysteme beschäftigt. Unsere Vorschläge stehen an zentraler Stelle im Kurzprogramm für die Bundestagswahl und werden im eigentlichen Wahlprogramm ausführlich

vorgestellt. Allerdings ist die massive soziale Krise unserer Gesellschaft für uns kein Anlaß, darüber die globale ökologische Krise zu vergessen. Umweltschutz hat derzeit keine Konjunktur - das ist richtig - um so wichtiger, daß wir Grünen FürsprecherInnen der Umwelt bleiben.

Grüner Bote: Das Umwelt-Thema der letzten Wochen war die von den Castor-Behältern ausgehende radioaktive Strahlung. Wie stehen die Grünen heute und wie stellst du zum Ausstieg aus der Atomwirtschaft?



Sylvia Kotting-Uhl, Bundestagskandidatin von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis 182 (Rhein-Neckar). Sie steht auf dem aussichtsreichen 9. Platz der Landesliste.

Sylvia Kotting-Uhl: Der Atomausstieg ist für uns Bedingung für unsere Unterschrift unter einen Koalitionsvertrag, das ist überhaupt keine Frage. Schwierig wird aber die Frage des Zeitraums werden, also die Frage: Sofortausstieg oder schnellstmöglicher Ausstieg? Wir haben die **Lesen Sie weiter auf Seite 2**

Im Brennpunkt

Nutzung der Atomkraft immer für unverantwortbar erklärt. Ab dem Moment unserer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene sind wir für jedes laufende Atomkraftwerk mitverantwortlich. Wenn wir glaubwürdig bleiben wollen, kann das nur heißen: Sofortausstieg. Der wird allerdings einiges kosten, denn die Betreiber werden Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe stellen. Bei der Finanzlage des Staates und den vielen in unserem Sinn notwendigen Investitionen aus der Staatskasse wird es kaum jemand verstehen, wenn wir dieses Geld den Energiekonzernen in den Rachen werfen. Ein Ausstiegsgesetz, das Entschädigungszahlungen vermeiden will, wird die neueren AKW noch einige Jahre am Netz lassen müssen. AKW von der Qualität Obrigheim werden aber auf jeden Fall sofort stillgelegt.

Grüner Bote: Die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke in Deutschland ist also allein aus finanziellen Gründen nicht möglich?

Sylvia Kotting-Uhl: Nein, ein Ausstiegsgesetz muß auch juristisch wasserdicht sein. Wenn da irgendwo eine offene Flanke ist, haben wir jahrelange Verzögerungen am Hals. Ich halte ein Gesetz, nach dem sofort mit der Abschaltung der ältesten AKW begonnen wird, und die

In eigener Sache

Kein Politikwechsel ohne Grün

Alle Zeichen sprechen derzeit für den Machtwechsel in Bonn nach den Septemberwahlen. Schröder wird Kohl beerben, meinen die Demoskopien. Na schön.

Viele Leute im Land fragen sich allerdings, ob das auch den notwendigen Politikwechsel bedeutet. Schröder sagt ja bis jetzt nicht viel. Wenigstens nicht viel mit Hand und Fuß.

Die Grünen haben wirklich neue Konzepte entwickelt gegen die Arbeitslosigkeit, für ein neues Rentensystem, für eine Steuerreform, die den Namen verdient, zugunsten der kleinen und mittleren Einkommen, und das alles verbunden mit der Ökologie und nicht gegen die Umwelt. Die Grünen stehen für den Politikwechsel. Sie sind bereit, neue Wege zu gehen. Weil unsere Gesellschaft vor großen Umbrüchen steht, ob wir wollen oder nicht.

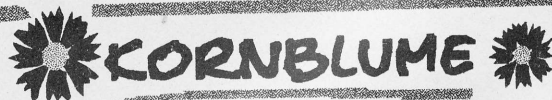
Die SPD ist noch zu sehr alte Tante, trotz neuem Make-up. Sie bracht die Grünen. Für den Politikwechsel.

Heinz-Ludwig Nöllenburg

letzten nach vier oder fünf Jahren abgeschaltet werden, für realisierbar. Der Skandal um die verstrahlten Castor-Behälter und der daraufhin verfügte Stopp der Transporte wird den Ausstieg eventuell noch beschleunigen. Ohne Transportmöglichkeit läuft der vorgeschriebene Entsorgungsnachweis der AKW in dem Moment aus, in dem ihre Abklingbecken gefüllt sind. Der im Atomgesetz vorgeschriebene Entsorgungsnachweis, der mit Transporten in Zwischenlager erfüllt ist, ist im übrigen ein Witz! Für Jahrtausende strahlenden Atommüll gilt die Entsorgung als nachgewiesen, wenn er für fünf Jahre untergebracht ist.

Grüner Bote: Stichwort "Soziale Gerechtigkeit": wo siehst Du soziale Ungerechtigkeit, was werden die Grünen für mehr soziale Gerechtigkeit tun?

Sylvia Kotting-Uhl: Die Kohl-Regierung hat in den letzten Jahren für soziale Ungerechtigkeit gesorgt. Um Investitionen in Arbeitsplätze zu fördern, wurde die Vermögenssteuer abgeschafft und das Arbeitsrecht dereguliert. Das hat staatliche Einnahmen verringert und soziale Standards verschlechtert, aber keine Arbeitsplätze produziert. Trotzdem wird dieser Kurs weitergefahren. Bei ihrer sogenannten großen Steuerreform halten CDU und FDP die Absenkung des Spitzensteuersatzes für das Wichtigste. Wir haben ein durchgerechnetes, aufkommensneutrales Steuerkonzept vorgelegt, das Schluß macht mit der Umverteilung von unten nach oben. Wir wollen untere und mittlere Einkommen entlasten, das Kindergeld erhöhen und den Abschreibungsdschungel auslichten. Der Spitzensteuersatz wird auch nach unserem Konzept gesenkt, dann aber auch bezahlt. Die Möglichkeiten gerade für Bezieher hoher und höchster Einkommen, sich in der Steuererklärung auf Null zu rechnen, wird es mit unserem Konzept nicht mehr geben. Auch zur Rente und zur Sozial-



KORNBLUME
NATURKOST-NATURWAREN
Eiszeit ist Sommerzeit ist Grillzeit

.. leckeres demeter Eis, Schoko, Kokos, Vanille...
und zum Grillen pikante vegetarische Würstchen oder
deftige Steaks - natürlich demeter Qualität !!

HSB-Haltstelle (L.35) direkt vor der Tür - Parkplätze vorh.
Wiesenbacherstr. 34-36 69151 Neckargemünd
Tel. 06223-72777 Fax 2671

hilfe gibt es grüne Reformkonzepte, deren Ziel soziale Gerechtigkeit ist und die dazu die Solidarität der Finanzstarken in diesem Land einfördern. Für die Finanzierung der Grundsicherung z.B., die die heutige Sozialhilfe ersetzen soll, wird die Vermögensteuer wiedereingeführt und die Erbschaftsteuer erhöht. Alles aber immer bei relativ hohen Grundfreibeträgen, um nicht erneute Ungerechtigkeiten zu produzieren.

Grüner Bote: Vielen Dank für das Gespräch und einen erfolgreichen Wahlkampf!

■ Grünes Wahlprogramm I

Nachhaltig Wirtschaften - Wege aus der Beschäftigungskrise

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre hinterläßt der künftigen Regierung ein schweres Erbe: Etwa 7 Millionen Frauen und Männer suchen Arbeit. 4,5 Millionen sind als Arbeitslose registriert. Innerhalb weniger Jahre hat sich die Staatsschuld verdoppelt. Heute muß jede fünfte Mark des Bundeshaushaltes für Zinsen aufgewendet werden. Trotz hoher nominaler Einkommenssteuersätze sinkt die Steuerquote und damit die Einnahme des Staates. Die Belastung mit Sozialversicherungsabgaben ist die höchste in der Geschichte der Bundesrepublik. Dennoch gehen die Einkünfte der Sozialversicherung zurück. Die Einkommen der ArbeitnehmerInnen stagnieren bzw. nehmen sogar ab. Das Wachstum wird immer kapitalintensiver und geht am Arbeitsmarkt vorbei. Nicht zuletzt sind auch wachsende „Klimaschulden“ zu verzeichnen: Der Ausstoß der Treibhausgase steigt - trotz des Versprechens einer Reduktion um 25 Prozent bis 2005. Der auf allen Ebenen gescheiterten Politik der jetzigen Bundesregierung setzen Bündnis 90/Die Grünen ein Wirtschafts- und Technologiekonzept entgegen, das die Marktwirtschaft ökologisch und sozial erneuert. Ein wichtiger Hebel dazu ist die Ökologisch-Soziale Steuerreform, die detailliert durchgerechnet, aufkommensneutral und auf 10 Jahre angelegt ist. Sie wird umweltfreundliches Verhalten belohnen und Beschäftigung fördern, Arbeit verbilligen, Energie verteuern und Ressourcen einsparen. Aus dem Aufkommen der Energiesteuer wollen Bündnis90/Die Grünen die Sozialversicherungsbeiträge senken und versicherungsfremde Leistungen von allen Steuerzahler-

Unser Service für Sie :

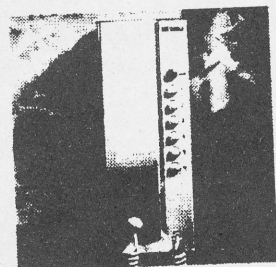
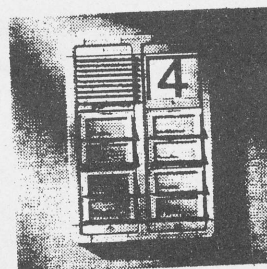
**Neu & Gebrauchtwagenverkauf
Finanzierung & Leasing
Inzahlungnahme**

**Wartungs & Inspektionsarbeiten
TÜV & AU im Hause
Reifenservice
Unfallinstandsetzung
Achsvermessung
für fast alle Fabrikate**

**Renault-Service
Autohaus Franz Peuker GmbH**

**In der Au 7
69257 Wiesenbach
06223/5984**

Neuer Anschluß für Ihren alten Klingeldraht.



Für Ihren Einstieg in eine moderne Gebäudekommunikation brauchen Sie nichts anderes als Ihren alten Klingeldraht. Ohne viel Schmutz und Installationsaufwand erlangen Sie so eine Tür- und Haussprechanlage mit dem Komfort und Design von heute und allen Optionen auf die Entwicklungen von morgen.

SSS SIEDLE

ELTRA GmbH Elektroinstallationen



**Ralf Morawiec
In der Au 1/2
69257 Wiesenbach
Tel. 06223 / 4163
Fax. 06223 / 4164**

Im Brennpunkt

Innen finanzieren lassen, nicht nur von den ArbeitnehmerInnen. Damit steigen die Nettolöhne und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigt. Zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen vor dem Hintergrund steigender Europäisierung und Globalisierung der Märkte durch Senken der Arbeits- und Steigern der Energiekosten, da dadurch die Nachfrage nach Energiesparinvestitionen gefördert und ein preisgünstigeres Angebot ermöglicht wird. Zusätzliche Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsdienstleistungen, Wärmedämmung und Heizungsmodernisierung kommt unmittelbar dem inländischen Arbeitsmarkt zugute. Unternehmen wird durch die Senkung der Lohnnebenkosten eine Kostensenkung ermöglicht, die ihre Wettbewerbsfähigkeit fördert.

♦♦♦

Dies allein wird aber die Massenarbeitslosigkeit nicht überwinden. Ihre Bekämpfung hat für Bündnis 90/Die Grünen Priorität. Dabei werden drei Schwerpunkte gesetzt:

- Arbeit gerecht verteilen
- Arbeit schaffen
- Arbeit solidarisch finanzieren.

Arbeitszeitverkürzung ist ein wichtiger Schritt zu mehr Beschäftigung. In einer Neufassung des Arbeitsgesetzes müssen die Spielräume für Überstunden deutlich zugunsten neuer Arbeitsplätze gesenkt werden. Ein vielfältiges Angebot von z.B. Wahlarbeitszeiten und Modellen wie Job-Sharing, Freistellung oder Jahresarbeitszeitkonten - immer unter dem Prinzip der Freiwilligkeit - wird entstehen. Ein finanzieller Ausgleich für die unteren und mittleren Lohngruppen

kann differenziert aus den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit geschaffen werden. Die Beiträge der ArbeitgeberInnen zur Sozialversicherung sollen so umverteilt werden, daß Betriebe, die die Gesamtmenge der Arbeit auf viele Beschäftigte verteilen, entlastet werden. Betriebe, die wenige Arbeitsplätze anbieten, sollen dagegen belastet werden.

Um die Erwerbslosigkeit in Europa effektiv zu bekämpfen, fordern die Grünen vom Europäischen Rat einen „Europäischen Pakt für Beschäftigung, Solidarität und Ökologie“ mit bindenden Verpflichtungen für die Mitgliedsstaaten. Darüberhinaus wollen Bündnis 90/Die Grünen die Stärken und Fähigkeiten der Regionen stärker ins Blickfeld rücken. Dazu gehören insbesondere die Landwirtschaft und das lokale Handwerk.

♦♦♦

Zur Wiederherstellung der Ertragskraft des Steuersystems haben Bündnis 90/Die Grünen als einzige Oppositionspartei ein umfassendes Konzept für eine gerechte, finanzierbare und transparente Reform vorgelegt. Statt immer neuer Entlastungen für hohe Einkommen und Vermögen müssen endlich kleine bis mittlere Einkommen steuerlich entlastet werden.

♦♦♦

Dies ist nur ein kleiner Auszug aus dem Kapitel „Nachhaltig wirtschaften - Wege aus der Beschäftigungskrise“ des Wahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen. Wenn Sie Interesse an weitergehenden Informationen haben, wenden Sie sich bitte an eine der „grünen“ Adressen, die Sie auf der letzten Seite finden. Sie erhalten dort auch den vollständigen Text des Wahlprogramms.

Isabella Suske



• Wähler: Sind das nicht die Leute, die alle paar Jahre diese Dinge... diese Stimmtettel da ankreuzen? "

■ Grünes Wahlprogramm II

Schreckgespenst Öko-Steuer ?

Ständig steigende Arbeitslosenzahlen - und für Umweltschutz ist sowieso kein Geld mehr da! Wollen die Grünen neben den vielen Steuern und Abgaben tatsächlich noch eine weitere Steuer einführen? Was soll das bringen?

„Eine ökologisch-soziale Steuerreform verringert nicht nur den Umweltverbrauch, sie sichert und schafft auch Arbeitsplätze, weil mit ihrem Aufkommen die Lohnnebenkosten spürbar gesenkt werden können“, so steht's im Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen.

Das Konzept besteht aus drei Säulen, jeweils mit einer Einnahmequelle und einem Verwendungszweck:

- Einführung einer Energiesteuer zur Senkung der Lohnnebenkosten
- Erhöhung der Mineralölsteuer und Einführung einer Schwerverkehrsabgabe zur Finanzierung der Verkehrswende und des Ausbaus von Bus- und Bahnverkehr
- Abbau ökologisch schädlicher Subventionen zur Finanzierung der Energiewende

Mit den Steuereinnahmen (Energiesteuer) wollen die Grünen die Lohnnebenkosten senken und damit Arbeitsplätze schaffen. Der Anreiz zum Energiesparen fördert Innovationen in den Zukunftsenergien Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sowie in Energiespar- und Effizienztechnologien. Die Senkung der Schadstoff-Emissionen in Luft, Wasser und Boden kommt spürbar uns allen zu Gute.

Fast alle Haushaltstypen (vor allem solche mit niedrigem Einkommen) sparen durch die ökologische Steuerreform, vorausgesetzt Energiesparmaßnahmen werden ergriffen.

Hier ein Beispiel: Familie mit 2 Kindern u. zur Verfügung stehendem Einkommen von 3713 DM pro Monat (Mann arbeitet ganztags und Frau arbeitet halbtags.)

*Situation 1998: Energiekosten fürs Reihenhaus 212 DM, Benzinkosten PKW 149 DM jeweils monatlich.

*Nach der Wahl 1999: Energiekosten fürs Reihenhaus +19 DM monatlich, Benzinkosten + 5 DM monatlich mehr zu zahlen. Nettoeinkom-

men +16 DM (durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge), Ausgleich für beide Kinder + 2 DM - bleibt für die Familie unterm Strich +2 DM Entlastung.

*Im Jahre 2008: ohne Energiesparmaßnahmen Energiekosten +142 DM, Benzin + 40 DM, Nettoeinkommen durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge +142 DM, Ausgleich für beide Kinder + 53 DM - bliebe monatliche Belastung von + 30 DM

*Im Jahre 2008: Dieselbe Rechnung mit Energiesparmaßnahmen ergäbe ein Plus von 90 DM im Haushalt der Familie.

Der Staat muß die Rahmenbedingungen ändern, Anreize schaffen, damit sich umweltverträgliches Verhalten für alle lohnt.

Wer mehr zum Thema Ökosteuern wissen will, Informationsblätter oder das Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen haben möchte: Bei allen auf der letzten Seite genannten Adressen der Grünen in Wiesenbach können Sie nachfragen.

Ingrid Hofmann



GETRÄNKE KERN

Breites Sortiment · Bester Service
Ihre Quelle gegen den Durst seit über 15 Jahren!

Getränke Kern GmbH
In der Au 8 · 69257 Wiesenbach
☎ (0 62 23) 4 03 55 · Fax 4 94 84



■ Hochwasserdamm in der „Brühl“

Ärgerlicher Beigeschmack

Unter Beteiligung von Vertretern und Vertreterinnen des Regierungspräsidiums sowie der Politik wurde am 23. Juli der erste Spatenstich zum Bau des Hochwasserrückhaltebeckens „Brühl“ in Wiesenbach ausgeführt.

Ein Anlaß, der bei den Grünen im Gemeinderat gemischte Gefühle auslöst. Einerseits begrüßen es die Grünen, daß Wiesenbach nach Abschluß der Bauarbeiten entsprechend menschlichem Ermessen keine Hochwassergefahr aus Richtung Langenzell mehr droht, andererseits bedeutet der große Damm einen beachtlichen Eingriff in die Natur des Biddersbachtals. Die Verwirklichung des dezentralen Alternativkonzepts hätte den gleichen Hochwasserschutz geboten, diesen Eingriff vermieden, das Wasser mit geringerem Aufwand dort in der Flur zurückgehalten, wo es zusammenläuft und hätte jenseits aller Bürokratie billiger sein können - den guten Willen dazu im Rathaus und den anderen zuständigen Behörden vorausgesetzt.

Die Grünen im Gemeinderat haben zusammen mit den Gemeinderäten Bernhard Grimm und Ernst Karolus sowie dem Wiesenbacher BUNDFachmann Fridolin Scholz vehement für die moderne, dezentrale Lösung des Hochwasserproblems gekämpft. (Der *GRÜNE BOTE* berichtete mehrfach darüber.) Dieser Kampf ging verloren, da die gut durchdachten Argumente für das Alternativkonzept bei einer Mehrheit im Gemeinderat kein Gehör fanden. Bei der entscheidenden Abstimmung wurde die dezentrale Lösung abgelehnt.

Abstimmungsniederlagen gehören zur Demokratie wie Abstimmungserfolge, und die Grünen haben inzwischen mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß sie nun den Baubeginn des Damms in der „Brühl“ begrüßen, damit der Hochwasserschutz in Wiesenbach nach dem Beschluß des Gemeinderats schnellstmöglich verbessert wird.

Vor einer demokratischen Entscheidung sollte allerdings die faire Auseinandersetzung um die „zum Wohl der Gemeinde und ihrer Einwohner“ beste Lösung stehen. Dazu haben sich die Gemeinderäte nach ihrer Wahl per Gelöbnis verpflichtet. So will es die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg.

Nirgendwo steht in diesem kommunalen Grundgesetz jedoch, daß die beste Lösung immer die

ist, die der Bürgermeister vorschlägt. Wäre dem so, bräuchte es keinen Gemeinderat.

Ein absonderliches Demokratieverständnis kommt deshalb zum Ausdruck, wenn vor allem von Seiten des Bürgermeisters den Vertretern des Alternativkonzepts mehrfach vorgeworfen wurde, sie verzögerten damit den schnellen Baubeginn und vergeudeteten kostbare Zeit. Da setzen sich ehrenamtlich und unentgeltlich Gemeinderäte und ein vom Rat als sachkundiger Bürger in den zuständigen Fachausschuß berufener Bürger hin, arbeiten mit erheblichem Zeitaufwand ein seriöses Konzept aus, und müssen sich dann sowas anhören.

Es zeugt ebenfalls nicht gerade von demokratischen Umgangsformen, wenn der doch offiziell zur Mitarbeit eingeladene Bürger Unterlagen hinterherrennen, Berichte selbst und auf eigene Kosten kopieren und dann auch noch feststellen muß, daß versäumt wurde, ihn zur Sitzung einzuladen.

Wir möchten uns jedenfalls an dieser Stelle bei Fridolin Scholz für seine Mitarbeit bedanken. Sein Engagement mag manchen unbequem gewesen sein, wir selbst sind nicht mit jeder seiner Aktivitäten einverstanden gewesen. Die politische Auseinandersetzung in der Demokratie muß auch nicht bequem sein. Aber fair sollte sie schon sein.

Markus Bühler, Gemeinderat

Heinz-Ludwig Nöllenburg, Gemeinderat

■ Das Fernsehen in Langenzell

Adliger Kleinkrieg gegen Mieter

Die Bürgerinitiative in Langenzell versteht es, in der Öffentlichkeit auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Jetzt war sogar ein Fernseh-Team des Süddeutschen Rundfunks vor Ort. Vor wenigen Tagen flimmerte sein Bericht durch die S3-Landesschau.

Er bestätigte die Klagen vieler Mieter in Langenzell über kleinkarierte Schikanen der Gutsverwaltung im Auftrag des Fürstenhauses. Nachdem sich die Bürgerinitiative erfolgreich gegen wenig seriöse Kaufinteressenten zur Wehr setzte und illegale Müllablagerungen aufdeckte, scheint nun die „Stunde der Rache“ gekommen zu sein.

Schade eigentlich, daß die Fernsehleute nicht von einem neuen, umweltverträglichen Gewerbestand auf dem Hofgut berichten konnten.

(In)

■ Vignette und Mautgebühr

Verkappte Steuererhöhung für den Straßenbau

Die CDU/CSU ist in der Verkehrspolitik heillos zerstritten. Wissmann will privatfinanzierte Straßen mit Mautgebühr, Stoiber dagegen die Pkw-Vignette für Autobahnen. Beides sind Abzockermodelle mit dem Ziel, zusätzliche Milliarden für den Straßenbau abzukassieren.

Mautgebühr und Vignette sind nichts anderes als verkappte Steuererhöhungen, allerdings ohne jede ökologische Lenkungswirkung. Im Gegenteil:

> Auf den gebührenfreien Parallelstraßen käme es so umso mehr zu Ausweichverkehr und damit zu mehr Lärm und Gestank in den Ortsdurchfahrten.

> Die zeitbezogene Vignette stellt das Verursacherprinzip auf den Kopf: Vielfahrer müßten dasselbe bezahlen wie Spritsparer.

Die von uns vorgeschlagene schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuer soll gerade nicht als Zusatzsteuer für mehr Straßenbau dienen, sondern über eine damit finanzierte Senkung der Sozialabgaben kostenneutral an Beschäftigte und Unternehmen zurückgegeben werden.

Albert Schmidt MdB, verkehrspolitischer Sprecher der bündnisgrünen Bundestagsfraktion

⇨ Hier ist Platz für Ihre Meinung

Briefe an die Redaktion

Unter der Rubrik „Ihr Sprachrohr“ veröffentlichen wir Ihre Anregung, Ihre Kritik oder Ihren Kommentar zum Ortsgeschehen, liebe Leserinnen und Leser. Auf der „Letzten Seite“ finden Sie genügend grüne Anschriften, an die Sie Ihren Leserbrief richten können. Fassen Sie sich ein Herz!

In den „Grünen Boten“ der letzten Jahre wurde, meist berechtigter Weise, viel Kritik an den Zuständen in unserer Gemeinde geübt. Ich möchte jedoch heute etwas Positives erwähnen:

Die Lösung für die Gartenbesitzer, ihre Grünschnitte ganzjährig bei der Firma Kompohum abgeben zu können.

Der Firma Kompohum sei an dieser Stelle recht herzlich gedankt, daß sie dieses unternehmerische Wagnis eingegangen ist. Ich hoffe, daß es zu einem finanziellen Erfolg führt.

Wie man hört, sollen ab Herbst die Öffnungszeiten sogar etwas kundenfreundlicher gestaltet werden.

Dies wäre dann aus der Sicht berufstätiger Gartenbesitzer und -besitzerinnen nahezu optimal.

Heinz Lägler

by OTDA
SCHNITZ



Peppl's
Backstube

Inh. Josef Pretsch

Sinsheim-Waldangeloch
Bucheckernweg 3
☎ (07265) 49081

Filialen:
Wiesenbach • Hauptstraße 21
☎ 06223/49778
Eichenberg • Obere Klosterstraße 15
☎ 07259/2210
Adelshofen • Richener Straße 1
☎ 07262/4939

Die letzte Seite

Termine

06.08.1998 (Do)

**Ferienprogramm der Wiesenbacher Grünen:
„Werken mit Ton“**

(Anleitung: Sylvia Kotting-Uhl, Kunsterzieherin)
15:00 Uhr bis 17:00 Uhr auf dem Rathausplatz
für Kinder ab 6 Jahren

Bitte im Rathaus anmelden, da die Teilnehmerzahl auf 10 bis 15 Kinder begrenzt ist.

18.08.1998 (Di)

**Rezzo Schlauch in Neckargemünd:
„Stichwort: Jugendkriminalität“**

Diskussionsveranstaltung

20:00 Uhr

„Goldener Anker“

Neckargemünd

04.09.1998 (Fr)

**Horst Frank, grüner OB von Konstanz in Mauer:
„Die Grünen sind regierungsfähig“**

Diskussionsveranstaltung

20:00 Uhr

Veranstaltungsort wird noch bekanntgegeben
Mauer

10.09.1998 (Do)

**Ferienprogramm der Wiesenbacher Grünen:
„Boule-Turnier“**

15:00 Uhr bis 18:00 Uhr auf dem Rathausplatz
für Kinder ab 10 Jahren

19.09.1998 (Sa)

Bundestagskandidatin Sylvia Kotting-Uhl

kommt zum

**Info-Stand der Wiesenbacher Grünen
zur Bundestagswahl**

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

beim Edeka-Markt in der Hauptstraße
Wiesenbach

23.09.1998 (Mi)

Kabarettveranstaltung (s. Anzeige oben rechts)

24.09.1998 (Do)

Gerf Weißkirchen MdB (SPD)

**und Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen):
„Wozu Rot-Grün?“**

Diskussionsveranstaltung des DGB-Ortskartell

Neckargemünd

20:00

Veranstaltungsort wird noch bekanntgegeben
Neckargemünd

Kabarett Krokodil



Kassensturz

In Wiesenbach,
am 23. September 1998,
20:00 Uhr, Vereinsräume
Biddersbach-Halle.
Wir nehmen den Sturz
in Bonn vorweg!



Adressen

**Vorsitzende des Ortsverbands Wiesenbach
von Bündnis 90 / Die Grünen:**

Ingrid Hofmann

Panoramastraße 40 Telefon: 46833

Gemeinderatsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Markus Bühler

Hauptstraße 53

Telefon: 970293

Fax: 970295

Heinz-Ludwig Nöllenburg

Schillerstraße 52

Telefon: 46740

Fax: 484121

IMPRESSUM

DER GRÜNE BOTE ist die Zeitung
des Ortsverbands Wiesenbach von Bündnis 90/Die Grünen.
DER GRÜNE BOTE erscheint seit 1985 alle Vierteljahre
und wird

bei einer Auflage von 1300 Stück

kostenlos in alle Wiesenbacher Haushalte verteilt.

REDAKTION: Markus Bühler, Bernhard Hofmann
und Heinz-Ludwig Nöllenburg

V.i.S.d.P.: Bernhard Hofmann
Panoramastraße 40
69257 Wiesenbach
Tel.: 06223-46833

DRUCK: MK Druck GmbH, 74927 Eschelbronn
Die Auffassung der Autoren stellt nicht in jedem Fall
die Meinung der Redaktion dar.